



TEPPICHETAGE

Transformation fordert Poli- tiker

Von DORIS AEBI

Es ist höchste Zeit, liebe Leserin, lieber Leser: Wir müssen über Politik reden. Ich habe hier viel darüber geschrieben, wie fundamental die Digitalisierung unseren Alltag verändert und wie Unternehmen darauf reagieren sollten. Doch nicht nur Firmen brauchen neue Strategien – auch die Politik braucht sie. Das betrifft viele Felder, eines aber besonders: unsere Sozialsysteme.

Der Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn heute in Europa kennen, stammt aus dem 20. Jahrhundert. Entsprechend ist er auch gebaut: Er basiert auf der Vorstellung von zwei Klassen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, und von einem Erwerbsleben im Angestelltenverhältnis mit festem Lohn. Für die meisten Menschen in der Schweiz funktionieren soziale Absicherung und Vorsorge so, dass Arbeitnehmer gemeinsam mit ihren Arbeitgebern einen festen Prozentsatz ihres festen Lohns in einen Topf einzahlen, aus dem sie in klar definierten Lebensphasen Geld erhalten. Wie sehr der Staat mit der Erwerbstätigkeit seiner Bürger rechnet, zeigt sich auch an der Finanzierung des gesamten Haushalts: Den grössten Teil dazu tragen Steuern auf Einkommen bei.

Die fortschreitende Entwicklung der Informationstechnologie wirft nun Fragen auf, denen wir uns nicht entziehen sollten. Man muss sich dabei noch nicht einmal mit Warnungen von einem angeblichen Ende der Erwerbsarbeit angesichts der Robotisierung auseinandersetzen – auch wenn sie nicht alle vollständig von der Hand zu weisen sind, zumindest kurzfristig. Längst sichtbar aber ist die zunehmende Vielfalt der Erwerbsbiografien. Arbeit ist fragmentierter und unberechenbarer geworden; die schon immer nicht leicht zu ziehenden Grenzen zwischen Selbständigkeit und Angestelltenverhältnis, zwischen privater Dienstleistung und Job verschwimmen weiter. Mit den Folgen, dass einerseits das sorgfältig austarierte System von vielen Bürgern zunehmend als unflexibel empfunden wird und andererseits der Graben zwischen festangestellten Gutverdienenden und wenig abgesicherten Jobhoppnern wächst.

Ein anschauliches Beispiel für die aktuelle Entwicklung ist Uber, und die öffentlichen Positionsbezüge zum Fahrdienst illustrieren ebenso anschaulich, wie wir bei der Suche nach möglichen Lösungen teilweise in traditionellen Denkmustern verharren. Uber betrachtet seine Fahrer nicht als Angestellte, sondern als «Partner» und zahlt ihnen entsprechend weder einen festen Lohn noch in ihrem Namen Beiträge an die Sozialversicherungen – eine Einschätzung, die stark umstritten ist. Die Reaktionen auf solche und ähnliche Ausgangslagen teilen sich vielerorts

in zwei Lager: Die einen fordern, Angebote wie Uber zu verbieten oder sie denselben Regeln zu unterwerfen wie die Branchen, die sie aufbrechen. Die anderen loben Innovationsgeist und Unternehmertum der «neuen Wilden» und halten die in ihren Augen veralteten Kämpfe von Gewerkschaftern für überflüssig. Beides greift meines Erachtens zu kurz.

Eine gute und zeitgemässe Politik kann sich der Digitalisierung und ihren Folgen ebenso wenig verweigern wie die Unternehmen. Vielmehr könnte gerade die Schweiz mit ihrer liberalen Grundhaltung und ihrem Pragmatismus eine Vorreiterrolle einnehmen – und Lösungen vorschlagen, die sowohl dem Wunsch nach Arbeiterschutz als auch den neuen Geschäftsmodellen gerecht werden. Dazu nächstes Mal mehr.

—
Doris Aebi ist Unternehmerin und Personalberaterin in Zürich. Sie reflektiert an dieser Stelle vierzehntäglich über Erfahrungen aus ihrem Arbeitsumfeld: der Teppichetage.